

EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit der MAIZEITUNG erhalten Sie eine Übersicht über alle 1.-Mai-Veranstaltungen in der Region, von Barnstorf bis Holzmin-den. Und natürlich enthält auch diese 14. Ausgabe in Folge wieder eine Übersicht über alle Programmteile des 1. Mai in Han-nover.

Ein aktueller Schwerpunkt ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Der DGB formuliert seine Forderungen an die Politik, wirksam gegen Mietwucher vorzugehen.

Der schnelle Wandel der Arbeitswelt stellt die Gewerkschaften vor große Herausforderun-gen. Wir erkundigten uns bei Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken und Bosch in Hildesheim, wie die Betriebsräte den rasanten technologischen Wandel für die Kolleg*innen gestalten.

Droht der Weltwirtschaft infolge von Brexit, Trump und Co eine schwere Krise? Wir sprachen darüber mit dem alternativen Wirt-schaftswissenschaftler Rudolf Hickel.

Rechtspopulist*innen präsentieren sich gern als Anwalt der kleinen Leute, gegen »die da oben«. Aber was tun sie für die kleinen Leu-te, wenn sie regieren, wie etwa in Österreich? Lesen Sie dazu ein Interview mit der Wiener Literatur- und Politikwissenschaftlerin Judith Götz.

Erfolg für die IG Metall in Bassumer Metall-bau-Unternehmen: Obwohl sich die Geschäftsführung von einer nicht gerade gewerkschaftsfreundlichen Anwaltskanzlei vertreten ließ, der oft schon vorgeworfen wurde, »Union-Busting« zu betreiben, konn-ten die Gewerkschafter*innen den ersten Tarifvertrag in der Geschichte des Familien-unternehmens durchsetzen. Wir berichten über die gewerkschaftsfeindliche Strategie der Anwaltskanzlei und die erfolgreiche Gegenwehr.

Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlings-rats Niedersachsen, geht im Interview mit der Abschiebepolitik der Landesregierung hart ins Gericht.

Die Welt wird nicht besser, wenn man nichts dafür tut. Treten Sie aktiv für Ihre Interessen ein, seien Sie dabei am 1. Mai!

Ihr

Torsten Hannig
DGB-Regionsgeschäftsführer

»EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!«

Das wird auch langsam Zeit, denn die demo-krischen und sozialpolitischen Defizite der EU-Politik sind nicht hinzunehmen. Seit lan-gem dominieren die wirtschaftlichen Inte-ressen von Banken und Konzernen die EU-Politik. Im Ergebnis verloren viele Menschen Arbeit, Wohnungen und sozialen Halt oder oder leben in Furcht vor dem sozialen Abstieg. Das hat die Wahlbeteiligung an den Europawahlen erheblich schrumpfen lassen. Viele vergessen dabei aber, dass die EU und ihre Vorläufer seit rund 70 Jahren maßgeb-lich zur längsten Friedensperiode auf dem alten Kontinent beigetragen haben. Und trotz der erheblichen sozialen Defizite profi-tiert in Deutschland nicht nur die Wirtschaft von dem riesigen Exportvolumen in die anderen Mitgliedsstaaten. Millionen Arbeitsplätze hängen davon ab. Bei gerin-ger Wahlbeteiligung droht das Gewicht der rechten und rechtsextremistischen Parteien im EU-Parlament weiter zu steigen. Die

Hoffnung auf eine Korrektur bisheriger Fehl-entwicklungen droht dann ganz zu schwin-den. Wahlmüdigkeit wird die Lage also nicht verbessern. Der DGB hat deshalb Eckpunkte zur Europawahl aufgestellt (siehe S. 4). Wahlenthaltungen ändern nichts. Nur wer wählen geht, entscheidet über seine oder ihre Zukunft.

»Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa nationalistischen Spaltungs- und Abschot-tungsparolen zum Opfer fällt«, sagt dazu DGB-Regionsgeschäftsführer Torsten Han-nig. »Kein Mitgliedsstaat kann die großen Umbrüche unserer Zeit – Globalisierung, Digitalisierung und den Übergang in eine umweltgerechte Wirtschaft – allein bewälti-gen.« Die Gewerkschaften fordern einen grundlegenden Kurswechsel. »Nur ein soli-darisches und soziales Europa kann das Ver-trauen der Menschen zurückgewinnen«, unterstreicht Hannig. »Die Europäische Uni-on und ihre Mitgliedsstaaten müssen sich



auf das Gründungsversprechen eines geein-ten Europas als Friedens- und soziales Fort-schritts-Projekt zurückbesinnen.«

»Arbeit 4.0 braucht einen Sozialstaat 4.0!«

Christiane Benner spricht am 1. Mai in Hannover

»Mein erlernter Beruf als Fremdsprachenkor-respondentin ist heute durch Künstliche Intel-ligenz bedroht«, sagt die Zweite Vorsitzende der IG Metall, die früher einmal technische Texte übersetzt hat. »Deshalb bräuchte ich jetzt eine Weiterqualifizierung für einen sicheren Arbeitsplatz mit Zukunftsperspekti-ven.« Die Gestaltung des rasanten technolo-gischen Wandels für die Beschäftigten wird ein wichtiger Punkt in ihrer Mairade auf dem Platz an der Goseriede. Sie sieht die Gewerk-schaften hier vor großen Herausforderungen. Dazu gehören für die 51-Jährige neben neuen Anforderungen an Bildung auch Änderungen im Sozialsystem, das zukünftig nicht nur neue Beschäftigungsformen wie Crowdworker*in-nen und Soloselbstständige absichern müsse. Erforderlich sei vielmehr auch eine grundle-gende Reform von Hartz IV. »Arbeit 4.0 braucht einen Sozialstaat 4.0!«, betont Chri-stiane Benner mit Blick auf die neue Arbeits-gesellschaft. Das alles müsse im europä-ischen Rahmen geschehen, knüpft sie an das diesjährige Maimotto an.

Nach Abitur und Ausbildung bei der Carl Schenck AG, arbeitete Christiane Benner dort bis 1993 als Fremdsprachkorrespondentin und

dann im Vertrieb. Während der Ausbildung engagierte sie sich als Jugendvertreterin und Betriebsrätin. Sie studierte mit einem Stipend-ium der Hans-Böckler-Stiftung anschließend Soziologie an der Philipps-Universität in Mar-burg, Chicago und an der Uni Frankfurt. Ab 1997 war sie in der Geschäftsstelle der IG Metall Frankfurt zuständig für die Jugendar-beit und die Betreuung von Betrieben der Informations- und Kommunikationstechnik (ITK). Die Diplom-Soziologin wechselte 2000 nach Hannover in die Bezirksleitung Nieder-sachsen und Sachsen-Anhalt. Neben der Betreuung der ITK-Branche verantwortete sie auch die Tarifpolitik. 2008 wurde sie Bereichs-leiterin beim IG-Metall-Vorstand in Frankfurt und drei Jahre später geschäftsführendes Vor-standsmitglied.

Im Jahr 2015 wählten die Delegierten des Gewerkschaftstages Christiane Benner zur Zweiten Vorsitzenden und damit zum ersten Mal eine Frau in der 125-jährigen Geschichte der IG Metall in deren Führungsspitze. Chri-stiane Benner zeichnet für die Organisations- und Personalentwicklung und die Zielgrup-penarbeit bei der IG Metall verantwortlich. Neue Beschäftigtengruppen und Arbeitsfor-

men laufen bei ihr zusammen. Benner initiierte etwa, dass auch Soloselbst-ständige Mitglied in der IG Metall werden können. Immer wieder versucht sie auch, Hochqualifi-zierte zu gewinnen. Mit Erfolg. Dank engagierter Betriebsräte und mehr als zwanzig hauptamtlicher Stu-dierendensekretäre konnte die IG Metall dieses Jahr das fünf-zigtausendste studierende Mit-glied begrüßen. Es galt bis dahin als unmöglich, solch eine hohe Zahl von Stu-dierenden, meist Dual Studierende und Ferienarbeiter*innen, zu organisieren.

Die Gewerkschafterin ist eine begeisterte Sportlerin. Als absolute Teamplayerin spielte sie früher aktiv Handball. Wenn sie zwischen zwei Terminen etwas Zeit hat, joggt sie oder steuert das nächste Sportstudio an und geht aufs Laufband. Ihren Urlaub verbringt sie oft in Südafrika – ein Land, zu dem sie einen besonderen Bezug hat. Schon als junge Hauptamtliche baute sie dort ein Jugendzen-trum mit auf. Christiane Benner ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann in Frankfurt.



CHRISTIANE BENNER
ist Zweite Vorsitzende der IG Metall.

Foto: IG Metall

Maifeier 2019 – zurück zu den Wurzeln



Foto: Steffen Holz



Foto: Steffen Holz

Als 2014 bekannt wurde, dass die DGB-Maifei-ern zukünftig nicht mehr auf dem Klagesmarkt, sondern auf dem Trammplatz stattfinden sollen, war die Begeisterung nicht überall besonders groß. Nach fünf Jahren am Neuen Rathaus findet der 1. Mai 2019 wieder auf historischem Pflaster

im Gewerkschaftsviertel statt: an der Goseriede zwischen dem Alten Gewerkschaftshaus, den Häusern von ver.di und IG Metall, dem DGB-Haus sowie NGG und IG BAU als Anliegern – nur einen Katzensprung von der Hauptverwaltung der IG BCE entfernt. Die Gründe für den Umzug

sind vielfältig. Entscheidend waren organisatori-sche und finanzielle Gründe sowie die Notwen-digkeit, das 1.-Mai-Konzept gründlich zu überar-beiten. Das Programm wurde gestrafft. Ein Ziel ist, die Veranstaltung auch für ein jüngeres Publi-kum attraktiver zu machen.

ACHTUNG: NEUER VERANSTALTUNGS-ORT!

DER 1. MAI IN HANNOVER

Treffen 9.00
FZH Linden
Abmarsch 10.00 Uhr

Kundgebung
11.00 Uhr Goseriede

Fest für Demokratie
12.00 Uhr

Das volle Programm auf Seite VII

»Öffentliche Investitionen stärken, ökologischen Umbau gestalten, Hartz IV abschaffen!«

Ob die Turbulenzen beim Brexit, der Haushaltsstreit zwischen Italien und der EU-Kommission, der Handelsstreit mit den USA oder der Handelskrieg zwischen den beiden größten Wirtschaftsmächten USA und China: Gründe für das Aufkommen einer neuen Krise sind derzeit reichlich vorhanden. Die MAIZEITUNG sprach darüber mit Rudolf Hickel, emeritierter Professor für Finanzwirtschaft an der Universität Bremen.



RUDOLF HICKEL (77) war bis zu seiner Emeritierung Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen. Er ist heute am Institut Arbeit und Wirtschaft tätig, dem er bis 2009 als Direktor vorstand. Hickel war 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jeweils zum 1. Mai ein Gegengutachten zum jährlichen Gutachten der »fünf Wirtschaftsweisen« herausgibt und ist bis heute dort aktiv.

Foto: privat

MAIZEITUNG: Droht der Weltwirtschaft in diesem Jahr eine schwere Krise oder nur ein verlangsamtes Wachstum?

Rudolf Hickel: Ich bin sicher, es kommt zu einem deutlich verlangsamten Wachstum. Es wird keinen totalen wirtschaftlichen Absturz wie nach der Finanzmarktkrise 2007/2008 geben. Diese Aussage gilt aber nur, wenn kein aggressiver Handelskrieg ausbricht und kein neuer Absturz auf den Finanzmärkten erfolgt.

Eine Studie der staatlichen KfW-Bank zeigt, dass deutsche Unternehmen wegen der Unsicherheiten, die von Trump und Co ausgehen, lieber sparen als investieren.

Die Unternehmen investieren gemessen an ihren Gewinnen generell viel zu wenig. Dieser Investitionspessimismus nimmt unter dem Druck des neuen America-first-Imperialismus und den Brexit-Folgen zu. Die Wirtschaft ist aber sehr unterschiedlich betroffen. Das erklärt auch, warum es derzeit nicht zur gro-

ßen Krise kommen kann. Beim Brexit beispielsweise gibt es aus deutscher Sicht viele Verlierer. Das sind vor allem die Maschinenbauer, die Autobauer und die chemische Industrie, die sehr stark mit Großbritannien verflochten sind. Auf der anderen Seite werden der Tourismus in Großbritannien und der Bankenplatz in der Mainmetropole profitieren.

Seit Jahren sind die Zinsen auf einem historischen Tiefstand. Werden die Notenbanken nicht bald die Leitzinsen wieder anheben? Verschuldete Unternehmen können dann schnell in die Krise geraten.

Gewiss ist, an der Zinsfront wird sich nicht nur wegen der konjunkturellen Risiken und den überschüssigen Geldern in der Wirtschaft wenig ändern. Die Europäische Zentralbank fährt hier eine richtige Politik, die das Wirtschaftswachstum stärkt.

Was muss getan werden, um die deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs zu halten?

Es gibt zwei große Baustellen. Als erstes

endlich die öffentlichen Investitionen wieder stärken, um auch die Binnennachfrage anzukurbeln. Das bedeutet vor allem Investitionen in die Verkehrswege, in das Bildungs- und Hochschulsystem. Wir haben in den vergangenen Jahren noch nicht einmal die Reparaturen für die Abnutzung der öffentlichen Infrastruktur finanziert. Das hängt mit der Schuldenbremse zusammen. Danach dürfen sich die Länder ab 2020 überhaupt nicht mehr verschulden, und der Bund darf höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an Schulden machen. Die Bundesregierung lässt sich für die schwarze Null, ja mittlerweile auch für Haushaltsüberschüsse abfeiern. Da dominiert gesamtwirtschaftliche Verdummung, die staatliche Verantwortung wegdefiniert.

Warum? Es heißt doch immer, wir dürfen zukünftigen Generationen nicht hohe Schulden hinterlassen.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Wegen mangelnder Kreditaufnahme auf notwendige Zukunftsinvestitionen zu verzichten, das ist die wahre Sünde gegenüber der künftigen Generation.

Die zweite große Baustelle betrifft die Klimakatastrophe. Die Aufgabe ist, einerseits Wirtschaftswachstum und andererseits soziale Gerechtigkeit beim ökologischen Umbau der Wirtschaft durchzusetzen. Ein Beispiel dafür ist der Ausstieg aus der Kohleindustrie. Die Gewerkschaften wollen den Zeitraum bis zum endgültigen Ausstieg für einen Strukturwandel nutzen. Also dafür sorgen, dass neue Produktionsmöglichkeiten und damit Jobs geschaffen werden. Das geht in die richtige Richtung. Oder nehmen wir die Automobilindustrie. Sie hat erkannt, dass ein zügiger Umbau auf Elektromobilität notwendig ist. Würden die Autobauer weiter auf Motoren setzen, die CO₂ und Stickstoffdioxid ausstoßen, dann wären in ein paar Jahren die Beschäftigten arbeitslos, weil die Umweltkatastrophe die Produktion verbietet und die Märkte zusammenbrechen. Der ökologische Umbau ist die beste Beschäftigungspolitik.

Jede(r) vierte Beschäftigte arbeitet heute im Niedriglohnbereich. Diese Kolleg*innen haben nichts vom Wirtschaftswachstum. Was tun?

Der Mindestlohn muss weiterentwickelt werden. Und wir brauchen den Ausstieg aus Hartz IV, das die steigende Zahl von Jobs

ohne ausreichende Existenzsicherung zu verantworten hat. Arbeitslosigkeit darf nicht mehr mit dem Zwang, einen schlechten Job im Niedriglohnbereich annehmen zu müssen, missbraucht werden. Dieses Sanktionssystem erzeugt Ängste vor sozialem Abstieg bis in die Mittelschicht hinein. Diesen Skandal schlachten die Rechtspopulisten schamlos aus. Die AfD missbraucht die sozialen Abstiegsängste für ihre rechtsnationale Politik. Das müssen wir enttarnen. In ihrem Parteiprogramm ist kein sozialstaatliches Konzept gegen die Spaltung der Gesellschaft vorgesehen. Wir brauchen aber auch die Selbstkritik, dass mit dem Sanktionsregime von Hartz IV grundlegende Fehler in der Arbeitsmarktpolitik gemacht worden sind.

Nicht nur der Deutsche Aktienindex taumelt. Auch Indizes für europäische und US-amerikanische Aktien rutschen in den Keller. Von den Milliarden an faulen Krediten, die Europas Banken noch halten, ganz zu schweigen. Droht auf den Finanzmärkten der Absturz?

In Deutschland und in der Europäischen Union wird es im laufenden Jahr keinen Absturz geben. Vom deutschen Bankensystem gehen derzeit kaum Gefahren aus. Aber die Risiken auf den Finanzmärkten nehmen zu. Bei stark steigenden Aktienkursen kommt es immer wieder zu Korrekturen nach unten. Dieses Auf und Ab werden wir in Zukunft öfter erleben. Die Kalkulierbarkeit hat abgenommen.

Was ist in diesem Zusammenhang davon zu halten, die Sozialsysteme von der privaten Kapitalvorsorge abhängig zu machen? Friedrich Merz forderte das in seiner Wahlkampagne um den CDU-Vorsitz.

Die Lehre aus der Finanzmarktkrise 2007/2008 und den heutigen Kursschwankungen ist ganz klar: Alle Formen einer Ablösung oder Teil-Ablösung sozialer Sicherungssysteme durch private Kapitalvorsorge sind eine Sünde wider die Soziale Marktwirtschaft. Erstens können die meisten Kolleginnen und Kollegen die private Kapitalvorsorge nicht bezahlen. Und zweitens handelt man sich mit den hoch spekulativen Anlageprodukten auf den Kapitalmärkten gefährliche Risiken ein. Du hast ein attraktives Aktienpaket, und dann stürzen auf einmal die Kurse ab. Das hält ein normaler Beschäftigter, der sich für eine lebenswerte Alterssicherung einsetzt, nicht aus. ■

Bildungspartner für:

- Betriebs- und Personalräteschulungen
- Politische Bildung
- After Work Bildung
- Gute digitale Arbeit
- Gesundheitsbildung

bildungswerk ver.di

www.bw-verdi.de
www.betriebs-rat.de
www.personal-rat.de

Berufsbegleitende Weiterbildung:

- Coaching
- Supervision
- Mediation
- Train the Trainer
- Offene Uni für Frauen u.v.m.

QuBE

Qualifizierung und Bildung für Erwachsene im Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V.

www.erfolgreich-weiterbilden.de

Region Hannover-Hildesheim
Goseriede 10 · 30159 Hannover
Telefon: +49(0)511/12 400 410
Telefax: +49(0)511/12 400 420
E-Mail: hannover@bw-verdi.de oder hannover@erfolgreich-weiterbilden.de

Gern senden wir unser aktuelles Programm zu.

GVH

Unterwegs im Leben

GVH MobilCard 63plus

Für alle, die schon früher neue Ecken entdecken wollten!

Auch am 1. Mai 2019: Mitnahmeregelung für bis zu vier Personen!

Fahren Sie mit der GVH MobilCard 63plus rein in die Stadt!

Für alle ab 63, die sauber unterwegs sind: Abo abschließen, einsteigen und in Bewegung bleiben.

gvh.de

Arbeit? #abersicher

ver.di kämpft gegen entscherte und entgrenzte Arbeit

Entgrenzte Arbeit, bei der die Grenzen zwischen Privat- und Berufsleben verschwimmen, und entscherte, also unsichere Arbeitsverhältnisse sind an der Tagesordnung. ver.di Niedersachsen-Bremen kämpft dagegen mit einer breit angelegten Kampagne unter dem Motto »Arbeit? #abersicher«.

Jens Hansen layoutet als selbständiger Grafikdesigner Printprodukte für kleinere Auftraggeber*innen in ganz Deutschland. Sein Büro ist das heimische Wohnzimmer. In schlechten Monaten reicht sein Umsatz gerade für die Miete. Er weiß dann nicht, wie er über die Runden kommen soll. »Der Druck geht an die Substanz«, sagt er. Noch hat er den Schritt in die Selbständigkeit nicht bereut. Durch einen Bandscheibenvorfall verlor er seinen Job bei einer Werbeagentur in Hannover. Sein eigener Chef zu sein, sein Leben selbst bestimmen zu können – das gefiel ihm. Ist er ein Selbstausbeuter? »Oft

arbeit? #abersicher

bis halb 4 Uhr nachts vor dem Rechner zu sitzen, das ist natürlich nicht gesund«, sagt er. Der Grafikdesigner dachte, nach zwei Jahren ist damit Schluss, weil dann die Kund*innen mitziehen. Die Hälfte dieser Zeit ist mittlerweile verstrichen. Inzwischen glaubt er nicht mehr an geregelte Arbeitszeiten, wenn man am Markt bestehen muss.

Karin Henzel ist Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) an der Uni Oldenburg. Sie arbeitet sehr viel für sehr wenig Geld. »Wir alle sind überlastet und unfair bezahlt, Weiterqualifizierung ist zeitlich unmöglich«, klagt



sie. »Der Job ist eine Sackgasse!« Sie arbeitet in der Lehre und bei Prüfungen mit, berät Studierende und begleitet Praktika, Projekte und Exkursionen. LfbA – das ist die Abkürzung für ihren Job und ein Synonym für überirdisch viel Arbeit mit unterirdisch wenig Gehalt. Solche Lehrkräfte hangeln sich meist von Befristung zu Befristung, gepaart mit einer halben Stelle. Überstunden sind an der Tagesordnung. Gute Arbeit? In Oldenburg Fehlanzeige. Statt angemessene Stellen zu schaffen, sollen die LfbA-Stellen an der Uni Oldenburg weiter ausgebaut werden.

»Diese neue Arbeitswelt braucht dringend neue Regeln«

Das betont ver.di-Landesleiter Detlef Ahting. Erforderlich seien etwa Zeitsouveränität, Gestaltungsspielräume und Mindestnormen für Vergütungen (siehe Kasten). Das helfe Beschäftigten wie Karin Henzel und Jens



Hansen. »Arbeit? #abersicher« soll einerseits Initiativen für gute Arbeit in den Betrieben und öffentlichen Dienststellen anstoßen. »Dort müssen wir gute Betriebs- oder Dienstvereinbarungen für unsere Kolleg*innen

erreichen«, sagt Ahting. Andererseits würden die ver.di-Forderungen nach fairen und guten Regeln an den Gesetzgeber in Bund und Ländern gestellt, um politischen Druck aufzubauen. 

Oft bis halb 4 nachts vor dem Rechner: Grafikdesigner Jens Hansen (links).

Überirdisch viel Arbeit für unterirdisch wenig Geld: Uni-Lehrkraft Dr. Karin Henzel. Fotos(2): Jelca Kollatsch

VER.DI-FORDERUNGEN AUF EINEN BLICK

- Klare Regeln, die vor Selbstausbeutung schützen und entgrenzte Arbeit verhindern.
- Erweiterte Mitbestimmung, die für alle gilt, die im Unternehmen arbeiten oder als externe Mitarbeiter*innen für das Unternehmen tätig sind.
- Bei Crowd- und Clickworker*innen gesetzliche Mindestnormen für Vergütungen in allen Bereichen und verpflichtende Sozialabsicherung durch die Auftraggeber*innen. Haftung der Auftraggeber*innen für Einhaltung dieser Normen.
- Mehr Möglichkeiten und das verbriefte Recht auf Weiterbildung im gesamten Berufsleben.
- Leiharbeiter*innen und Stammebelegschaften gleich behandeln.
- Befristung von Arbeitsverträgen begrenzen.
- Maßnahmen gegen den Missbrauch gesetzlich erlaubter Teilzeit und von Projektgeldern für eigentlich auf Dauer angelegte Projekte im Öffentlichen Dienst.
- Höherer gesetzlicher Mindestlohn.

Weihnachtsgeld überfällig – Gebäudereiniger*innen stehen vor Arbeitskampf

Gebäude reinigen ist ein harter Job mit Arbeitszeiten früh morgens und spät abends. Die Einkommen der Beschäftigten bewegen sich dabei immer noch im Niedriglohnbereich. Unfreiwillige Teilzeit und Befristungen sind eher die Regel als die Ausnahme. Weihnachtsgeld bekommen die Reinigungskräfte auch nicht. Sie fühlen sich wie Beschäftigte zweiter Klasse. Die IG BAU will nun das Weihnachtsgeld für die bundes-

»Das Weihnachtsgeld ist für die Beschäftigten ein Ausdruck der Wertschätzung ihrer Leistung«, betont IG BAU-Regionalleiter Eckhard Stoermer. »Es sollte deshalb wie in vielen Branchen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.« Ist es aber nicht. Die Arbeitgeber*innen weigerten sich bis Redaktionsschluss sogar, mit der Gewerkschaft darüber auch nur im Ansatz zu verhandeln. Das sorgt



»Die Arbeitgeber verweigern trotz aller Bemühungen das Gespräch. Das hat es noch bei keiner anderen Einzelgewerkschaft gegeben.«

ECKHARD STOERMER
IG BAU-Regionalleiter | Foto: IG BAU

weit rund 600.000 Gebäudereiniger*innen durchsetzen und dafür den Rahmentarifvertrag kündigen. Dieser regelt etwa Urlaubsanspruch, Sonderzahlungen und die Eingruppierung der Beschäftigten in Lohngruppen.

bei den Beschäftigten für eine gehörige Portion Wut. »Das hat es noch bei keiner anderen Einzelgewerkschaft gegeben«, schimpft Stoermer. »Bei diesem Verhalten ist ein Arbeitskampf unausweichlich.« Schon im



vergangenen Jahr gab es einen eintägigen bundesweiten Warnstreik und zwei Aktionstage.

Süßwarenindustrie: NGG fordert 6,5 Prozent mehr Entgelt

Die Exporte der Süßwarenindustrie sind nach Angaben des Branchenverbandes um 3,6 Prozent gestiegen. »Die Qualität von Süßwaren ‚made in Germany‘ wird im Ausland hoch geschätzt«, loben die Arbeitgeber*innen die Kolleg*innen in einer Pressemeldung. Es ist die qualitativ gute Arbeit der Fachkräfte und langjährig Beschäftigten, die diesen Erfolg ermöglichen. Zum Beispiel beim Kekshersteller Bahlsen in Barsinghausen. »Spitzenleistung verdient mehr!«, betont NGG-Regiongeschäftsführerin Lena Melcher. »Die Kolleginnen und Kollegen brauchen eine Lohnerhöhung, die nicht nur die Inflation ausgleicht, sondern eine Teilhabe am Leben ermöglicht.« Damit die Beschäftigten

einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Branche erhalten, fordert die NGG-Tarifkommission 6,5 Prozent mehr bei Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen. Damit will die Gewerkschaft auch Fachkräfte halten, damit die Branche weiter auf Erfolgskurs bleibt. Azubis sollen im erlernten Beruf übernommen werden. Beim Zigarettenhersteller Reemtsma in Langenhagen will die NGG das Entgelt um 5,9 Prozent erhöht sehen. 

Vertrauensleute und Betriebsrat von Volkswagen unterstützen die Gebäudereiniger*innen bei ihrem Warnstreik vor den Werkstoren in Wolfsburg. Foto: IG Metall

DIE VIER KERNFORDERUNGEN DER IG BAU:

- Weihnachtsgeld
- 30 Tage Urlaub im Jahr auch beim Wechsel des Arbeitgebers in der Branche. Bisher ist der Urlaubsanspruch an die Betriebszugehörigkeit gekoppelt. Reinigungsarbeiten werden alle zwei Jahre neu ausgeschrieben.
- Gerechte Eingruppierung der Industriereiniger*innen
- Mehr Geld bei entsprechender Berufserfahrung



»Spitzenleistung verdient mehr! Die Kolleginnen und Kollegen der Süßwarenindustrie müssen einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Branche erhalten.«

LENA MELCHER
NGG-Regiongeschäftsführerin | Foto: privat

»Nur ein solidarisches und soziales Europa kann das Vertrauen zurückgewinnen«

Eckpunkte des DGB zur Europawahl



Bei der nahenden Europawahl geht es auch um die Zukunft der europäischen Idee und um eine Richtungsentscheidung für Arbeitnehmer*innen. Warum das so ist, und was der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften von den Parteien fordern, erläutert die MAIZEITUNG.

Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Seit mehr als 70 Jahren herrscht Frieden in großen Teilen Europas – länger als je zuvor, weil Erbfeindschaften, Kleinstaaterei und Nationalismus überwunden wurden. Wir können uns frei bewegen und in anderen EU-Ländern leben, arbeiten und studieren. Auch wirtschaftlich profitiert Deutschland enorm von der EU: Jährlich gehen knapp 60 Prozent unserer Exporte in EU-Länder. Auch hierzulande fließen EU-Gelder etwa in ländliche Regionen und Beschäftigungsprogramme.

Kürzungspolitik gefährdet europäische Idee

Die EU ist aber in keiner guten Verfassung. Eine rigide Sparpolitik und neoliberale Konzepte, wie der Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Lohnkürzungen, verletzen soziale Grundrechte. Die Schere zwischen Einkommen und Wohlstand geht in Europa immer weiter auseinander. Mehr als 21 Millionen Menschen sind arbeitslos, ein Viertel der EU-Bürger*innen ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies gefährdet den Zusammenhalt und das Vertrauen in Europa. Rechtspopulistisch-nationalistische

Kräfte erhalten in fast allen EU-Ländern politischen Auftrieb. Nicht zuletzt der Austritt Großbritanniens zeigt, dass Europa keine Selbstverständlichkeit ist.

»Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa nationalistischen Spaltungs- und Abschottungsparolen zum Opfer fällt«, sagt DGB-Regionsgeschäftsführer Torsten Hannig. »Kein Mitgliedsstaat kann die großen Umbrüche unserer Zeit – Globalisierung, Digitalisierung und den Übergang in eine umweltgerechte Wirtschaft – allein bewältigen.« Die Gewerkschaften fordern einen grundlegenden Kurswechsel. »Nur ein solidarisches und soziales Europa kann das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen«, unterstreicht Hannig. »Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten müssen sich auf das Gründungsversprechen eines geeinten Europas als Friedens- und soziales Fortschritts-Projekt zurückbesinnen.«

Soziale Schutzrechte und Standards

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine europaweite Stärkung der Tarifbindung, mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmer*innen, armutsfeste Mindestlöhne und EU-Standards für die Arbeitslosenversicherung. In die EU-Verträge gehört eine soziale Fortschrittsklausel. Diese würde soziale Grundrechte stärken und sozialen Schutzgesetzen Vorrang vor Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs-Freiheit geben. Nur so kann man verhindern, dass die Beschäftigten mit immer niedrigeren Schutzrechten gegeneinander ausgespielt werden.

Ein soziales Europa braucht ein wahrnehmbares und glaubwürdiges Gesicht. Ein(e) europäische(r) Arbeitsminister*in kann zusammen mit einer EU-Arbeitsbehörde Lohn- und Sozialdumping bekämpfen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern. Eine neue EU-Gleichstellungsstrategie muss Frauen in allen Lebensbereichen fördern. Dazu gehört, die Erwerbstätigkeit und eine eigene Existenzsicherung von Frauen zu stärken.

In Infrastruktur und Sozialstaat investieren

Um Wohlstand, Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum auch in Zukunft zu

begrenzen, für gute Bildung für Alle sorgen und Flüchtlinge integrieren. Dafür muss die Politik die Defizit- und Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ändern, Steueroasen trockenlegen und die seit langem versprochene Finanztransaktionssteuer einführen.

Europäische Wirtschaftsregierung soll bei Krisen helfen

Die Finanzkrise 2008/2009 hat die Schwächen der Europäischen Währungsunion (EWU) offen gelegt. Nur der Europäischen Zentralbank ist es zu verdanken, dass der Euro noch existiert. Die EWU braucht neben der gemeinsamen Geldpolitik auch eine Wirtschaftsunion mit einer europäischen Wirtschaftsregierung. Diese könnte dann investieren, um Krisen in einzelnen Ländern abzufedern. Auf sogenannte »Strukturreformen«, bei denen es in Wahrheit nur um Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Schwächung der gewerkschaftlichen Tarifmacht und soziale Kürzungen geht, muss die Politik dagegen verzichten. Solche »Reformen« dürfen nicht länger Voraussetzung für EU-Finanzhilfen sein.

Solidarität und Frieden weltweit durchsetzen

Europa kann für den Rest der Welt zum Modell für eine wirtschaftliche und soziale Integration werden und die Globalisierung fair gestalten. Die EU muss dafür Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards weiterentwickeln und weltweit durchsetzen. Arbeitnehmer- und Menschenrechte entlang globaler Wertschöpfungsketten sind zu wahren, Verstöße dagegen zu bestrafen.



»Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa nationalistischen Spaltungs- und Abschottungsparolen zum Opfer fällt. Kein Mitgliedsstaat kann die großen Umbrüche unserer Zeit allein bewältigen.«

TORSTEN HANNIG
DGB-Regionsgeschäftsführer | Foto: privat

sichern, braucht es mit einem »Marshall-Plan für Europa« eine europäische Investitionsoffensive. Die EU-Länder sind nur handlungsfähig, wenn sie wieder in die Infrastruktur wie Verkehrswege, KITAS, Schulen und bezahlbaren Wohnraum sowie in den Sozialstaat investieren. Nur dann können die Mitgliedsstaaten den digitalen Wandel der Wirtschaft gestalten, die Folgen des Klimawandels

Waffenexporte gehören besser kontrolliert. Die NATO-Forderung nach Erhöhung der Rüstungsausgaben lehnt der DGB entschieden ab. Die EU muss sich für Abrüstung und Frieden in der Welt einsetzen, um so auch Fluchtursachen statt Geflüchtete zu bekämpfen. Erforderlich ist ein EU-weites solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten. ▀

RECHTSANWÄLTE & NOTAR

Detlef Fricke | Joachim Klug | Annika Meyer | Anna Pac

WIR SETZEN UNS FÜR SIE EIN

ARBEITSRECHT

FAMILIENRECHT

NOTARIAT

GOSERIEDE 12

IM HAUS DER VER.DI-HÖFE

30159 HANNOVER

TELEFON: 0511 - 1 77 77 & 0511 - 70 07 40

E-MAIL: POST@FRICKE-KLUG.DE

WWW.FRICKE-KLUG.DE

Beratung sofort nach Beitritt.

DMB

Deutscher Mieterbund Hannover e.V.

Kompetente Hilfe bei allen Fragen zum Mietrecht.

Unsere Mitglieder wissen mehr!

Bürostunden

Mo., Di., Do.: 8.00–17.30 Uhr

Mi.: 8.00–16.00 Uhr

Sa.: 10.00–13.00 Uhr

Außenstellen | Geschäftsstelle

Celle, Schaumburg (Obernkirchen)

Nienburg, Hoya, Springe, Neustadt.

Herrenstraße 14 · 30159 Hannover

Telefon 0511/121060

info@dmb-hannover.de

www.dmb-hannover.de

»GEW fordert Schulsozialarbeit auch für weiterführende Schulen«



Kinder und Jugendliche, die Schulen in Brennpunktstadtteilen besuchen, brauchen oft Hilfe.
Foto: shutterstock

Die soziale Herkunft und der damit verbundene Lebensort beeinflussen entscheidend den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Das gilt auch für die Landeshauptstadt. Laut Sozialbericht lebt rund ein Viertel der hannoverschen Kinder trotz allgemein guter Wirtschaftslage in Armut. Je nachdem, in welchem Stadtteil die Kinder zur Schule gehen, haben die Schüler*innen bessere oder deutlich schlechtere Startbedingungen. Dabei gibt es

zwischen den Stadtteilen eine enorme Spannweite. Während in Mühlenberg 69 Prozent aller Kinder auf staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen sind, sind es in Isernhagen-Süd weniger als ein Prozent. Schulen, die in einem schwierigen sozialen Umfeld arbeiten, sind oft mit besonderen pädagogischen und organisatorischen Herausforderungen konfrontiert. Um solche Schulen zu identifizieren und mit Schul-

sozialarbeiter*innen unterstützen zu können, fordert die GEW, für alle Schulen einen sogenannten Sozialindex zu erstellen. Die Stadtverwaltung hat ein solches Ranking bisher nur für die 57 Grundschulen gemacht. Anhand verschiedener Kriterien wurde ermittelt, welche Schulen besonderen Förderbedarf haben. Die Kriterien sind: schlechte Noten für Abgänger*innen, der Anteil der Schüler*innen mit ausländischen Wurzeln sowie der Kinder, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, und der Anteil alleinerziehender Eltern. Die GEW fordert nicht nur, diese Bewertungskriterien um den Anteil der Schulschwänzer*innen zu ergänzen. »Die unterschiedlichen Belastungen hören nicht nach Klasse 4 auf«, mahnt außerdem Dieter Räger, Vorsitzender der GEW Region Hannover. »Die Stadt muss deshalb auch die weiterführenden Schulen in einem Sozialindex abbilden.« Die Schulsozialarbeiter*innen helfen den Kindern und Jugendlichen, ihre Schulzeit erfolgreich zu gestalten. »Damit das auch tatsächlich klappt, sollte der Sozialindex zu unterschiedlich großen Klassen führen«, betont Räger. Bestehe ein besonderer Förderbedarf, müssten die Klassen kleiner werden, damit die Schulsozialarbeit bestmöglich greifen könne. Der Grund- und Hauptschullehrer verweist zudem auf Schulen, in denen

dem Lehrpersonal zwei Arbeitsstunden pro Woche für Gespräche und Elternarbeit eingeräumt werden. Das sei auch in Hannover wünschenswert. Räger sieht aber auch die Schulen selbst in der Pflicht. Sie müssten ein maßgeschneidertes Unterstützungskonzept entwickeln, weil sie selbst am besten wissen, wo genau der Schuh drückt, betont er. Die GEW fordert von der Landesregierung, das nötige Geld und Personal dafür bereitzustellen. Das müsse zudem langfristig geschehen, sagt Räger. Mit Förderzeiträumen



»Die unterschiedlichen Belastungen für die Schulen hören nicht nach Klasse 4 auf.«
DIETER RÄGER
Grund- und Hauptschullehrer
sowie Vorsitzender GEW Region Hannover
Foto: GEW

von wenigen Jahren, wie bei »Schule Plus« geschehen, sei auf Dauer niemandem geholfen. Dieses Landesprogramm ist zunächst auf zwei Jahre befristet und unterstützt ausgewählte Schulen mit Schulsozialarbeit. Daran beteiligen sich in Hannover insgesamt acht Schulen, darunter eine Oberschule, eine Realschule und zwei Integrierte Gesamtschulen. ■

»Klotzen statt kleckern gegen Wohnungsnot«

DGB fordert entschlossenere Politik gegen steigende Mieten

Die Situation auf dem niedersächsischen Wohnungsmarkt hat sich vor allem in den Ballungsräumen und Universitätsstädten dramatisch zugespitzt: Bezahlbare Wohnungen fehlen, die Mieten steigen rasant. »Bund, Land und Kommunen müssen klotzen statt kleckern, um bezahlbaren Wohnraum für Gering- und Durchschnittsverdiener zu schaffen«, betont DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell. Nach Erhebungen des DGB müssen 43 Prozent aller Haushalte in Hannover mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens allein für die Kaltmiete ausgeben. Jeder fünfte Haushalt wendet sogar mehr als 40 Prozent

ten des hannoverschen Umlandes sieht es kaum besser aus. **Kommunale Wohnbaufirmen müssen mehr bauen** Von den Städten und Landkreisen fordern die Gewerkschaften, für den Bau von Wohnungen die kommunalen Wohnbaugesellschaften stärker in die Pflicht zu nehmen. In der Region Hannover sind das die Kreissiedlungsgesellschaft und das städtische Unternehmen hannova. »Wir brauchen eine massive Ausweitung des kommunalen Wohnungsbaus, um die Preisspirale zu stoppen«, sagt DGB-Regionsgeschäftsführer Torsten

Landeswohnbaugesellschaft erforderlich Die Landesregierung soll eine Landeswohnbaugesellschaft gründen, die mit kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen kooperiert. Ziel müsse sein, bis 2030 mindestens 40.000 landeseigene bezahlbare Wohnungen vor allem in Ballungsräumen und Universitätsstädten zu schaffen, heißt es im wohnungspolitischen Konzept des DGB Niedersachsen. »Die Landeswohnbaugesellschaft kann gute Wohnungen zu fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen bauen und so zum Vorzeige-Arbeitgeber werden«, sagt IG BAU-Regionalleiter Eckhard Stoermer. »Das ist wichtig, weil in jüngster Zeit der Druck auf die Beschäftigten im Wohnungsbau deutlich gestiegen ist.« Öffentliche Grundstücke in Städten und Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten sollten im öffentlichen Eigentum bleiben. Der Staat kann die Grundstücke bebauen oder durch Erbbaurecht Dritten geben, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die soziale Wohnraumförderung will der DGB so ausgestaltet sehen, dass landesweit 100.000 neue Sozialwohnungen entstehen. **Mietpreisbremse nachbessern** Die geplanten Reparaturmaßnahmen bei der Mietpreisbremse reichen nicht aus. Ins Bundesgesetz müssen Sanktionen, etwa in Form von



Bußgeldern, wenn Vermieter*innen gegen die Regeln der Mietpreisbremse verstoßen. Überdies gibt es nach wie vor viele Ausnahmen. Die Bremse gilt etwa nicht für möblierte Wohnungen. Um das sogenannte »Herausmodernisieren« von Mieter*innen zu erschweren, sollte die Modernisierungumlage nicht wie geplant von bisher elf auf acht Prozent, sondern auf vier Prozent gesenkt werden. »Die Vermieter dürfen Modernisierungen nicht länger als lukrative Geldanlagen nutzen und dafür die Mieter zur Kasse bitten«, kritisiert Stefan Körzell. ■

Mieter*innen demonstrieren für bezahlbare Mieten auf der Limmerstraße in Hannover-Linden.
Foto: Frank Puin



»Bund, Land und Kommunen müssen klotzen statt kleckern, um bezahlbaren Wohnraum für Gering- und Durchschnittsverdiener zu schaffen.«
STEFAN KÖRZELL
DGB-Bundesvorstandsmitglied | Foto: DGB/Simone M. Neumann

für die Miete auf – Tendenz steigend. Die Mietpreise für mittelgroße Wohnungen sind zwischen 2011 und 2016 um bis zu 50 Prozent gestiegen. Selbst für Menschen mit gutem Einkommen wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In den Städ-

Hannig. »Die öffentliche Hand muss hier mehr Verantwortung übernehmen. Die Ansage, deutlich mehr öffentliche Wohnungen zu bauen, würde spekulativen Mietpreiserhöhungen, die auf einer weiteren Verknappung von Wohnraum fußen, die Grundlage entziehen.«

Rechtsanwalt | Fachanwalt für Arbeitsrecht
HANS-HEINRICH BRAUL

Hämelerwalder Straße 28 | 31275 Lehrte
Telefon 05175 3192285 | Fax 05175 3192286
E-Mail: hans.braul@ra-braul.de

PETRA BEITLICH
Rechtsanwältin | Fachanwältin für Familienrecht

Trennung · Scheidung
Unterhalt · Sorgerecht
Ich stehe an Ihrer Seite!

Alexanderstraße 2 | 30159 Hannover
Telefon 0511 326301 | info@ra-beitlich.de | www.ra-beitlich.de

JUDITH GOETZ (35) ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte an verschiedenen österreichischen Universitäten, Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit sowie des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen bei Rechtsextremismus und Frauen*/Gender sowie Antifeminismus. Sie ist Mitherausgeberin des Sammelbands »Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitäten«. In Kürze erscheint der dritte Sammelband der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit »Rechtsextremismus: Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven« mit mehreren Beiträgen von Judith Goetz.

Foto: Klaus Ranger

Österreich: »Rechtsregierung macht Politik gegen sozial Schwächere«

Rechte Parteien präsentieren sich gern als Anwalt der kleinen Leute, gegen »die da oben«. Aber was tun sie für die kleinen Leute, wenn sie regieren, wie etwa in Österreich? Die MAIZEITUNG sprach über die Politik der österreichischen Rechtsregierung mit der Literatur- und Politikwissenschaftlerin Judith Götz.



MAIZEITUNG: In Österreich lenken die konservative ÖVP und die rechte FPÖ die Geschicke des Landes. Was hat sich geändert?

Judith Götz: Die rechte Regierung versucht, soziale Konflikte zu ethnisieren. Sie führt alle Probleme nicht auf Klasseninteressen und andere Interessengegensätze zurück, sondern einzig und allein auf die sogenannte Ausländer*innenfrage. Die Regierung gibt so den kleinen Menschen das Gefühl, sie wären wichtiger als Zugewanderte und Geflüchtete. Sie gibt den kleinen Leuten ein Österreich-zuerst-Gefühl mit einfachen Antworten auf große gesellschaftliche Probleme, die in Wahrheit vor allem aus der kapitalistischen Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft resultieren. Mit dieser Strategie ist die Regierung leider sehr erfolgreich.

Profitieren die kleinen Leute von der Sozialpolitik der schwarz-blauen Regierung?

Das Gegenteil ist der Fall. Die Regierungspolitik richtet sich gegen sozial Schwächere, die in den Medien oft als »Leistungsunwillige« dargestellt werden. Dafür kann ich Beispiele nennen. Zu Beginn hat die Regierung

groß propagiert, Familien mit einem sogenannten Familienbonus entlasten zu wollen. Bis zu 1.500 Euro solle es pro Kind geben, hieß es. In Wirklichkeit geht es bei diesem Familienbonus aber nur um eine Steuerentlastung. Diesen Steuerbonus können nur jene in Anspruch nehmen, die genug verdienen. Man muss mindestens ein Nettoeinkommen von rund 1.300 Euro haben, um überhaupt davon profitieren zu können. Das bedeutet, Arbeitslose und Alleinerziehende gehen komplett leer aus.

Ein anderes Beispiel ist die Neuregelung der bedarfsorientierten Mindestsicherung für Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Die Basisleistung umfasst rund 836 Euro für eine alleinlebende Person. Die Armutsgrenze liegt in Österreich aber bei rund 1.200 Euro netto. Wer weniger hat, gilt als armutsgefährdet. Die Basisleistung ist also schon sehr niedrig angesetzt. Nun sollen davon 40 Prozent an Sachkosten wie Miete und Heizung gebunden werden. Dann bleibt noch weniger Geld für den Alltag übrig. Man könne mit 150 Euro im Monat auskommen, wenn einem die Miete bezahlt wird, gab Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) in diesem

Zusammenhang zum Besten. Die Mindestsicherung soll auch an sogenannte Arbeitsqualifikationen gekoppelt sein. Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse oder ohne Pflichtschulabschluss werden 300 Euro gestrichen.

Innerhalb der Mindestsicherung ist künftig auch weniger Geld für Kinder vorgesehen. Bisher hat man beispielsweise im Bundesland Wien 233 Euro pro Kind bekommen. Die neue Regierung will die Zuschüsse staffeln: 219 Euro fürs erste Kind, nur noch rund 135 Euro für das zweite Kind und für das dritte Kind nur noch 43 Euro. Das wird insbesondere in kinderreichen Familien zu mehr Kinderarmut führen.

Sie sagten, die Regierung sei sehr erfolgreich. Wie schaffen es die Rechten, diese unsoziale Politik als Erfolg zu verkaufen?

Die Regierung schafft es, mit diesem Maßnahmenpaket erstens den Diskurs gegen die in Anführungszeichen »Leistungsunwilligen« zu stärken. Sie tut so, als würden alle, die die Mindestsicherung beziehen, das nur ausnutzen und hätten deshalb keinen wirklichen Anspruch darauf. Zweitens: Insbesondere mit der Bindung an die Deutschkenntnisse schafft es die Regierung, die Neuregelung der Mindestsicherung als Maßnahme gegen Geflüchtete zu präsentieren. Dieser rassistische Diskurs ist oft erfolgreich, obwohl das natürlich alle sozial schwächeren Menschen betrifft. In Österreich haben rund 60.000 Personen keinen Pflichtschulabschluss. Die Staffelung des Kindergeldes betrifft alle Menschen mit wenig Geld und nicht nur jene mit Migrationshintergrund.

Was machen die Rechten noch anders als ihre Vorgängerregierungen?

Der andere Umgang mit Rechtsextremismus und Neonazismus fällt massiv auf. Was aber auch kein Wunder ist, weil die FPÖ ihr Personal aus den Reihen der deutsch-nationalen Burschenschaften rekrutiert. Diese Leute sitzen nicht nur im Nationalrat, auch zwei Minister sind Burschenschaftler. Die dritte Nationalratspräsidentin ist Mitglied einer Mädelschaft, das weibliche Äquivalent zu den Burschenschaften in Österreich. Auch ihr Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft und die schon angesprochene Ethnisierung von sozialen Proble-

men sind eindeutige Indikatoren dafür, dass die FPÖ als rechtsextrem einzustufen ist.

Die Regierung hat frauenpolitische und feministische Organisationen mundtot gemacht beziehungsweise ihnen massiv Geld gekürzt oder die Förderung komplett gestrichen. Davon sind feministische Zeitschriften ebenso betroffen wie Gewaltschutzprojekte.

Was empfehlen Sie, um den Aufstieg der Rechten zu stoppen?

Als die FPÖ-ÖVP-Regierung im Jahr 2000 zum ersten Mal in der Regierung war, hat sich die Tradition der Donnerstagsdemos etabliert. Diese Demos gegen die Regierung gibt es jetzt wieder. Daran beteiligen sich in der Regel zwischen 3.000 und 10.000 Menschen. Es hat auch einige Großdemonstrationen gegeben. Insgesamt wäre es aber wichtig, den Menschen Alternativen nicht-ethnisierender Welterklärungs- und Deutungsangebote zu machen, die nicht die Schuld für gesellschaftliche Misere einzig und allein in der Migrationsfrage suchen: Erklärungsangebote, die grundsätzlichen Bedürfnissen nach Anerkennung, Selbstwirksamkeit und nach sozialer Besserstellung gerecht werden. Wichtig ist auch eine Politik, die allen Menschen einen relativ guten Lebensstandard ermöglicht, um Ängsten vor sozialem Abstieg und Privilegienverlust zu begegnen.

Österreich hat im vergangenen Jahr für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union ausgeübt. Der Vorsitz stand unter dem Motto »Ein Europa, das schützt«. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse?

Die Details kenne ich nicht. Die Regierung hat die Bühne dazu genutzt, um Verschärfungen in Asyl- und Migrationsfragen voranzutreiben: die EU-Außengrenzen zu stärken und Nichtregierungsorganisationen zu diffamieren. Dafür spricht auch der Auftritt von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) beim Innenrat, das ist ein Treffen der Innenminister auf EU-Ebene. Er versuchte, den Begriff der Solidarität umzudeuten. Solidarität dürfe man nicht allein auf die Aufnahme von Migrant*innen reduzieren, meinte er. Vielmehr müssten sich die Länder besser darin unterstützen, die EU-Außengrenzen zu sichern. Es ist ganz wichtig, den Begriff der Solidarität nicht den Rechten für ihre rassistische Propaganda zu überlassen. ▀



unidruck GmbH & Co KG
Offset- und Digitaldruck
Banner und Plakate

Weidendamm 19
30167 Hannover
Telefon 0511- 7 000 000
info@unidruck.de
www.unidruck.de



„MENSCHEN UND ORGANISATIONEN ENTWICKELN“

QUBIC:
Erfahrene Beratungspartner,
auch für Gewerkschaften
und Betriebsräte.

WWW.QUBIC.DE

www.bildungsverein.de



1. MAI 2019

EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!

MAIKUNDGEBUNG & FEST FÜR DEMOKRATIE AN DER GOSERIEDE

ACHTUNG: NEUER ORT!

VERANSTALTUNGEN, MITTWOCH, 1. MAI

9.00 UHR TREFFEN ZUM AUFMARSCH
Freizeitheim Linden

10.00 UHR ABMARSCHZEIT

11.00 UHR HAUPTKUNDGEBUNG GOSERIEDEPLATZ

Moderation: Christian Hoffmann
Pressesprecher der GEW Niedersachsen

Begrüßung: Werner Preissner
Vorsitzender DGB Kreisverband Region Hannover

Grußwort: Stefan Schostok
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Beitrag: Jugendbündnis

Mairednerin: Christiane Benner
2. Vorsitzende der IG Metall

AB 12.00 UHR INTERNATIONALE MAIFEIER

Zelte der Gewerkschaften, Stände von Kirchen und Verbänden, Jugendbündnis, Infomeile, internationale Speisen und Getränke, viele Überraschungen und Musik...

AUSSERDEM: KINDERZELT mit Basteln, Schmink- und Malaktionen
KINDERZIRKUS und Überraschungen

KULTURFEST B.B. & The Blues Shacks
Hagelslag

AUSSTELLUNG: HANNOVERSCHE ARBEITERBEWEGUNG
ver.di-Höfe Haus B, 1. Etage

ACHTUNG: NEUER ORT!

DIENSTAG, 30. APRIL
IG BCE HAUPTVERWALTUNG | FOYER

20.00 UHR KULTURPROGRAMM AM VORABEND
Einlass ab 19.00 Uhr Ninia LaGrande, Tobias Kunze, Thorsten Stelzner

KIRCHEN ZUM 1. MAI
IM ÖKUMENISCHEN KIRCHENZELT
»FARBENFROH UND VIELFÄLTIG«

Begegnungen und Gespräche, Zelt-Café und Cocktails,
Information der katholischen und der evangelisch-lutherischen Kirche
beim Fest für Demokratie an der Goserieede.

ab 12.30 Uhr TALK AN DER WELTKUGEL
»JEDER FÜR SICH,
DAS GEHT DOCH NICHT!«
DIALOG ZWISCHEN RELIGIONEN,
GEWERKSCHAFTEN UND POLITIK

Der KDA und die Kirchengemeinde Linden-Nord laden ein für **Sonntag, 5. Mai, 10.00 Uhr,**
zum **Gottesdienst zum Tag der Arbeit** mit dem **DGB Chor Hannover** in die Bethlehemkirche.

Evangelisch-lutherischer
Stadtkirchenverband
HANNOVER

kda
kirche-arbeit-welt.de

Katholische Kirche in
der Region Hannover

DIESES JAHR ERWARTET DIE KINDER:

Im KINDERZELT wird wieder GESPIELT und GEBASTELT. Außerdem gibt es eine HÜPFBURG, KINDERSCHMINKEN und um 13.00 Uhr den KINDERZIRKUS SALTO.

KULTUR AUF DEM 1. MAI-FEST

Nach der traditionellen Maikundgebung der hannoverschen Gewerkschaften bringen wir auch in diesem Jahr zwei Bands mit tollen Rhythmen und gut gewürzten Mischungen. Wir freuen uns auf das Konzerterlebnis an der Goserieede in Hannover.

B.B. & THE BLUES SHACKS

Ladies & Gangsters: It's Blues Time.



Foto: Felix Engel



Mit einer Mischung aus Soul und Rhythm & Blues rocken die fünf Hildesheimer alles! Seit 25 Jahren sind sie weltweit unterwegs. Das Ergebnis: rund 4000 Konzerte und zahlreiche Preise vom »German Blues Award« bis zur Auszeichnung als Europas beste Bluesband durch französische Musikredakteure. Besonders live gelten sie als Erlebnis. Deshalb konnten B.B. & The Blues Shacks ihren Ruf als Top-Band inzwischen auch in Übersee durchsetzen. Sie spielten in Dubai, auf dem Doheny-Festival in Los Angeles und beim Byron-Bay-Festival in Australien mit Künstlern wie Bob Dylan, B.B. King und Elvis Costello vor Zehntausenden. Mit großem Erfolg!

HAGELSLAG

Jazz, Soul, Funk, Groove & Sprinkles



Die jungen Musiker sehen sich selbst als »reinrassig multi-kulti«. »Wir sind jung und leben die Musik. Das allein macht vielleicht noch keine Top-Band aus, aber wenn Ihr uns einmal erlebt



habt, wisst Ihr, was so besonders an uns ist«, so die. Benannt haben sich die Musiker nach den niederländischen Schokostreuseln »Hagelslag«. »Wir sind wie die Streusel, nach denen wir uns nennen: bunt, ziemlich süß und, wenn wir wollen, immer für eine Überraschung gut. Wir spielen für euch sowohl eigene Songs, als auch Bekanntes, in unserer eigenen Art und Weise interpretiert. Wir lieben das Spontane, Improvisierte. Lasst euch überraschen. Wir hören uns!« | Foto: Hagelslag

KULTURPROGRAMM AM VORABEND

DI., 30. APRIL 2019 | 20.00 UHR | EINLASS 19.00 UHR

ACHTUNG: NEUER ORT!

IG BCE Hauptverwaltung | Foyer
Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

NINIA LAGRANDE TOBIAS KUNZE THORSTEN STELZNER



Tobias Kunze

Foto: Daniel Jeschke



Ninia LaGrande

Foto: Steffen Baranski



Thorsten Stelzner

Foto: Verena Meier

Subtil-brachiale Gesellschafts- und Kulturkritik, scharfsinnige Alltagsbeobachtungen und ein höchst unterhaltsamer Mix aus Lyrik, Kurzgeschichten, Slam Poetry und Musik – damit begeistern Ninia LaGrande und Tobias Kunze von den Nachtbarden allmonatlich das Publikum im renommierten TAK. Gemeinsam mit dem Satiriker und Lyriker Thorsten Stelzner gestalten sie den Vorabend des 1. Mai. Eins ist sicher: Es wird spannend!

Eintritt: 18,50 Euro | Im Verkaufspreis ist die Nutzung des GVH enthalten. Vorverkauf an den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P: Steffen Holz
Redaktion: Michael Fleischmann, info@fleischmann-consult.de, Steffen Holz, steffen.holz@dgb.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@anettegilke.de
Herausgeber: DGB Region Niedersachsen Mitte
Druck: Druckzentrum Braunschweig

»Zentrale Behörde wird die Abschiebep Praxis in Niedersachsen weiter verschärfen«

Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen, zur Flüchtlingspolitik der Großen Koalition



KAI WEBER (57) ist Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen. Der Verein engagiert sich für eine von Offenheit und Humanität geprägte Flüchtlingspolitik und wirbt für ein Europa der Menschenrechte, des Schutzes von Flüchtlingen und der Solidarität. Entstanden ist der Flüchtlingsrat Mitte der 1980er Jahre als ein Zusammenschluss niedersächsischer Flüchtlingsinitiativen, Organisationen und Einzelpersonen.

Foto: Michael Fleischmann

MAIZEITUNG: Die Große Koalition will eine zentrale Abschiebebehörde für Niedersachsen einrichten. Diese soll in Zukunft anstelle der örtlichen Ausländerbehörden entscheiden, welche Personen geduldet werden und wer abgeschoben wird. Was stört Sie daran?

Kai Weber: Eine Ausländerbehörde vor Ort bekommt viel mehr mit vom Leben und von den Veränderungen im Einzelfall, während eine zentralisierte, weit entfernte Abschiebebehörde die Menschen und ihre Lebenssituation gar nicht kennt. Wir befürchten, dass etwa vor Ort die Ausbildungsduldung vorbereitet wird, während die Zentrale in

Braunschweig die Abschiebung vorbereitet. Dann haben wir noch mehr Fälle von Abschiebungsvollzügen, die sich im Nachhinein als rechtswidrig oder zumindest äußerst inhuman darstellen, weil zentrale Informationen fehlen. Das durften wir in den vergangenen zwei Jahren schon oft genug erleben. Und das wird noch schlimmer werden, wenn die Große Koalition ihre Pläne umsetzt.

Die Landesregierung werde nicht von ihrer humanitären Flüchtlingspolitik abweichen, beteuert Innenminister Boris Pistorius (SPD).

Man wird nicht bis zu 200 Leute zusätzlich einstellen und gleichzeitig behaupten können, das verändere nichts. Die Priorität liegt eindeutig bei der Beendigung von Aufenthalt, auch weil Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden. Mehr als 50 Prozent der Abschiebungen finden inzwischen nachts statt. Wenn die Leute um 3 Uhr aus dem Bett geholt und zum Flughafen gebracht werden, lassen sich wichtige Erkenntnisse oder Fakten zu spät oder gar nicht mehr vermitteln. Das können eine bevorstehende Hochzeit, die Geburt eines Kindes, eine schwere Krankheit oder neue Gründe sein, die einen Asylantrag begründen können. Früher konnte man solche Fälle im Vorfeld prüfen. In vielen Fällen haben dann die Gerichte eine Abschiebung gestoppt.

Wenn die Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden, hat man diese Zeit in der Regel nicht mehr. Dann werden Fakten geschaffen durch den Vollzug einer

Abschiebung, die sich bei besserer Vorbereitung hätte vermeiden lassen. Das ist politisch gewollt. Die Große Koalition hat die Nicht-Ankündigung von Abschiebungsterminen gesetzlich fixieren lassen. Gerade vor dem Hintergrund dieser gesetzlichen Verschärfung des Abschiebungsvollzugs wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, dass die Behörden vor Ort zuständig bleiben. Sie können sich im Zweifel noch einmal vergewissern, ob die Faktenlage stimmt, bevor man Abschiebungen vollzieht.

Im Einzelfall hätten sich Geflüchtete der Abschiebung entzogen, wenn diese vorher angekündigt wurde, begründete die Landesregierung, Abschiebungen nicht mehr anzukündigen.

Das mag im Einzelfall durchaus stimmen. Aber nachdem man den Beschluss gefasst hatte, Abschiebungen nicht mehr anzukündigen, sind die Abschiebezahlen nicht gestiegen. Unterm Strich hat man nichts gewonnen, außer Abschiebungen noch brutaler zu machen. Das ist für uns auch eine Frage der Würde der Betroffenen. Gerade wenn Menschen längere Zeit, oft jahrelang in Deutschland waren, haben sie ein Anrecht darauf, sich von Arbeitskollegen zu verabschieden, die Kinder von der Schule abzumelden und ihre Sachen zu packen, bevor sie genötigt werden, das Land zu verlassen. Das alles nimmt man ihnen, wenn man Abschiebungstermine nicht ankündigt. Dann passieren Abschiebungen, obwohl die Ehefrau im Krankenhaus ist und eine wichtige Operation bevorsteht.

Sehen Sie durch solche Praktiken das Grundrecht auf Asyl ausgehebelt?

Ja, in vielen Fällen schon. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass deutlich mehr sogenannte Dublin-Abschiebungen stattfinden: Also Abschiebungen in andere europäische Länder, die angeblich für das Asylverfahren zuständig sind. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass viele europäische Länder Geflüchtete aufnehmen. Aber wir haben mit Stacheldraht gesicherte Lager in Ungarn, wo die Menschen eingesperrt werden. In Bulgarien können Geflüchtete nicht ihren Lebensunterhalt sichern, sie sitzen auf der Straße und hungern. In Italien können die Menschen nicht sicher sein, tatsächlich in einer Asylunterkunft unterzukommen. In diesen Ländern wird die europäische Menschenrechtskonvention für Geflüchtete nicht eingehalten.

Auch eine deutlich verringerte Schutzquote weist auf eine indirekte Aushebelung des Asylrechts. Bei der Schutzquote handelt sich um die Geflüchteten aus einem Land, die nicht abgeschoben werden, weil sie als Flüchtlinge anerkannt sind oder andere Gründe gegen eine Abschiebung vorliegen. Während wir 2015 eine Schutzquote für Afghanistan von bereinigt ungefähr 80 Prozent hatten, liegt sie inzwischen bei etwa 50 Prozent. Das bedeutet, die Zahl derer aus Afghanistan, die als Flüchtlinge anerkannt werden, sinkt, obwohl sich die Situation in Afghanistan drastisch verschlechtert hat. Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Afghanistan hat kürzlich dargelegt, dass 2018 das schlimmste Jahr seit Beginn des Krieges gewesen ist. Allein durch Bomben und Anschläge gab es 10.000 Tote und Verletzte. Auch für Irak

und Eritrea und andere Hauptherkunftsländer von Geflüchteten stellen wir einen Rückgang der Schutzquoten fest.

Was wünschen Sie sich von der Landesregierung?

Wir haben eine Vervielfachung der Zahl der anerkannten Flüchtlinge und nur einen leichten Anstieg der Zahl der Ausreisepflichtigen. Vor diesem Hintergrund müsste sich die Landesregierung vor allem fragen, was zu tun ist, damit diese Menschen hier integriert werden können. Wir wünschen uns, dass die Landesregierung einlöst, was sie vor rund viereinhalb Jahren versprochen hat: Mehr Liberalität und Humanität im Abschiebungsvollzug sowie mehr Akzeptanz und Toleranz gegenüber Menschen, die durchaus schwere Schicksale erlitten haben, auch wenn sie womöglich im Asylverfahren nicht anerkannt werden. ▀

MAIVERANSTALTUNGEN IN DER REGION

30. APRIL

VERANSTALTUNGSORT	REDNERIN/REDNER	BEGINN
Alfeld Marktplatz	Fred Hartmann IG BCE Landesbezirk Nord	10.30 Uhr

1. MAI

VERANSTALTUNGSORT	REDNERIN/REDNER	BEGINN
Barsinghausen Mont-Saint-Aignan-Platz	Claudia Tiedge Hauptvorstand NGG	11.00 Uhr
Bad Münder Steinhof	Markus Römer IG BCE Bezirksleiter	10.30 Uhr
Barnstorf Rathausplatz	Wilfried Hartmann IG Metall Niedersachsen	11.00 Uhr
Lehrte Rathausplatz	Hubertus Heil Minister für Arbeit & Soziales	10.00 Uhr
Hameln Bürgergarten	Markus Fuß ver.di-Bundesvorstand	11.00 Uhr
Hildesheim Marktplatz	Ralf Becker IG BCE Landesbezirksleiter	11.45 Uhr
Holz Minden Marktplatz	Andrea Wemheuer ver.di Niedersachsen	11.00 Uhr
Nienburg Museum, Leinstrasse	Ute Neumann DGB Bezirk Niedersachsen	10.00 Uhr
Sehnde Hof Falkenhagen, Kurze Straße	Lars Niggemeyer DGB Bezirk Niedersachsen	11.00 Uhr
Stadthagen IG-Metall-Gelände Probsthäger Straße 4	Danny Schnur DGB Bezirk Niedersachsen	11.00 Uhr

WEITERE INFOS: www.niedersachsen-mitte.dgb.de

ZUKUNFT GESTALTEN

Bildung mit uns!

ARBEIT UND LEBEN Ihr Bildungspartner für:

- Bildungsurlaube
- Seminare für Betriebs- und Personalräte
- Industriemeisterkurse (berufs- und schichtbegleitend)
- Beratungsangebote und Hauptschulabschlusskurse für junge Erwachsene
- Sprachkurse und Qualifizierungsangebote für Migrant/innen

Bildungsprogramme und Infos an unserem Stand oder über 0511 12105-0 www.aul-nds.de www.facebook.com/aul.nds



Bärbel Hirsch

Anwaltskanzlei für Arbeitsrecht

Solidarische Grüße!

Bärbel Hirsch
Anwaltskanzlei für Arbeitsrecht
Escherstr. 14
30159 Hannover

Tel. 0511 162 906 40
Fax 0511 162 906 39
Mail kanzlei@baerbelhirsch.de
www.baerbelhirsch.de

Rasanter Wandel der Arbeitswelt: »Neue Technik muss auch den Beschäftigten dienen!«

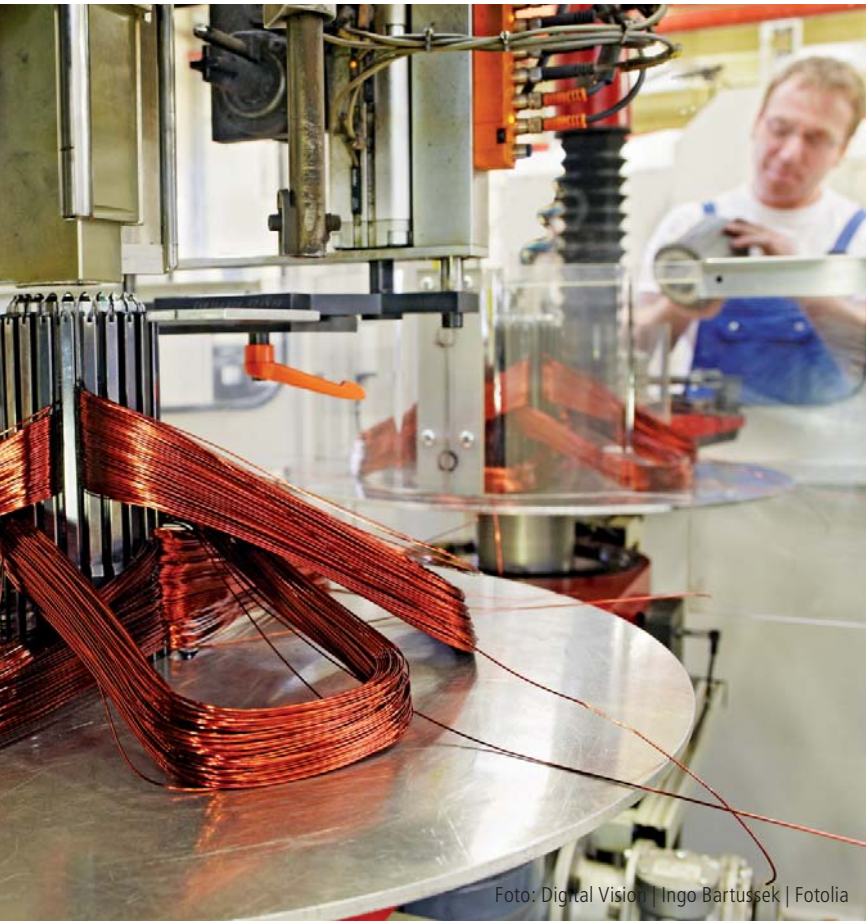


Foto: Digital Vision | Ingo Bartschek | Fotolia

Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Globalisierung und der ökologische Umbau der Wirtschaft stellen die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. In den Betrieben stehen fundamentale Veränderungen an, um sich den schnell wandelnden Märkten anpassen zu können. Man spricht dabei auch von Transformation. Die Automobilindustrie ist davon durch die Umstellung auf Elektroantriebe besonders betroffen. Die MAIZEITUNG erkundigte sich bei Volkswagen Nutzfahrzeuge (VWN) in Hannover-Stöcken und Bosch in Hildesheim, wie die Betriebsräte den rasanten technologischen Wandel für die Beschäftigten gestalten.

Dem Stöckener VW-Werk mit seinen 16.000 Mitarbeiter*innen ist bei der anstehenden Produktion von Elektrofahrzeugen eine wichtige Rolle im Konzern zugeordnet. Hier soll in drei Jahren der Bau der ID-Buzz-Familie beginnen, einer Elektroversion des heutigen Multivan. Das neue Transportermodell T7 soll schon im nächsten Jahr vom Band laufen. So steht es im Standortvertrag, den Betriebsrat und Geschäftsführung vereinbart haben, um die Zukunft des hannoverschen Werks zu sichern.

VWN: Beschäftigungsgarantie schützt vor Kündigungen

Da beim Bau von Elektrofahrzeugen weniger Arbeitsschritte erforderlich sind, stellt eine Jobgarantie für die Stammebelegschaft bis 2028



»Die Beschäftigungsgarantie ist ein großer Erfolg in schwierigen Zeiten.«

BERTINA MURKOVIC
Betriebsratsvorsitzende Volkswagen Nutzfahrzeuge Hannover-Stöcken | Foto: VWN

sicher, dass niemand seinen Arbeitsplatz verliert. »Das ist ein großer Erfolg in schwierigen Zeiten«, betont Betriebsratschefin Bertina Murkovic. Das E-Fahrzeug ist schneller montiert, weil bestimmte Teile wie die Abgasanlage entfallen. Im Karosseriebau werden bei VWN vollautomatisierte Montage-Fließbänder im großen Stil Personal freisetzen. Tätigkeiten entfallen auch im unternehmensinternen Logistikver-

kehr, den in Zukunft fahrerlose Transportsysteme übernehmen. »In dem Bereich erhofft sich das Unternehmen massive Produktivitätsfortschritte«, sagt Betriebsratsreferent Sven-Thorben Krack. Für die betroffenen Kolleg*innen erwartet er eine »Qualifizierungswelle«.

Schwere Arbeiten und Routinetätigkeiten sollen entfallen

»Neue Technik darf nicht bei mehr Produktivität aufhören, sondern muss auch den Beschäftigten dienen!«, umreißt er das Ziel des Betriebsrats bei VWN. Sollen Kolleg*innen mit einem Leichtbauroboter zusammenarbeiten, werde geprüft, ob schwere Arbeiten entfallen oder mit Hebelhilfen weniger belastend ausgeführt werden können, nennt er ein Beispiel. In der Verwaltung gehe es um die Frage, inwieweit Computerprogramme monotone Routinetätigkeiten, etwa in der Buchhaltung das Eintragen von Zahlenkolonnen, übernehmen können.

Pilotprojekt für flexiblere Arbeitszeiten am Fließband

Damit die knapp 7.000 Beschäftigten in der Fertigung noch stärker profitieren, will der Betriebsrat versuchen, flexiblere Arbeitszeiten durchzusetzen. Die Kolleg*innen stehen am Fließband und haben bisher kaum Freiräume. »Das wollen wir ändern, stehen da aber noch ganz am Anfang«, sagt Krack. Gleit- oder Teilzeit sind am Fließband aber nur sehr schwer umzusetzen. Das geht kaum ohne zusätzliches Personal. Genau dieses hat der Betriebsrat für ein kleines Pilotprojekt in

sen, als nur drei Schrauben zu drehen. »Wir wollen der Geschäftsführung zeigen, dass die Kolleginnen und Kollegen dann motivierter und produktiver sind, ihr Wissen besser einbringen und so auch das Unternehmen davon profitiert.«

Bosch Hildesheim: Training-on-the-Job qualifiziert Beschäftigte

Die Robert Bosch GmbH in Hildesheim mit ihren rund 730 Mitarbeiter*innen wandelt sich immer mehr in einen Standort für Elektromobilität. Die Starter- und Generatoren-Fertigung, die noch nah am Verbrennungsmotor ist, wurde nach 80 Jahren an einen chinesischen Konzern verkauft, weil sie aus Sicht der Geschäftsführung auf Dauer nicht zukunftsfähig ist. Andere Produkte sind ausgelaufen. Das Hauptaugenmerk liegt heute auf der Fertigung von Motoren für Elektroautos. Die Arbeitsplätze verändern sich durch neue Maschinen rasant. Der Betriebsrat achtet penibel darauf, dass die Geschäftsführung Qualifizierungsangebote macht, um die Kolleg*innen auch mitzunehmen. Die Arbeitnehmervertretung unterstützt die Kolleg*innen dabei, damit sie in Zukunft noch einen sicheren Arbeitsplatz haben. Das Durchschnittsalter in der Fertigung liegt bei Ende 40, viele Beschäftigte gehören nicht mehr zu den Jüngsten. »Da ist man nicht mehr ganz so flexibel«, sagt Betriebsratsvorsitzender Stefan Störmer. Um sie für die Fertigung von Elektromotoren weiterzuqualifizieren, erfolgt zunächst der Einsatz im Musterbau. Die Beschäftigten stellen dort die neuen Produkte in Mustern her. Das geschieht noch nicht im Kundentakt der Serienfertigung, sondern etwas langsamer. Durch diese Ausbildung am Arbeitsplatz werden die Kolleg*innen an die neuen Tätigkeiten herangeführt, um für den späteren Einsatz in den Fertigungslinien gut vorbereitet zu sein. »Das funktioniert recht gut«, weiß Störmer zu berichten. ▀



»Durch die Ausbildung am Arbeitsplatz werden die Kolleginnen und Kollegen an die neuen Tätigkeiten herangeführt und haben so auch in Zukunft einen sicheren Arbeitsplatz.«

STEFAN STÖRMER
Betriebsratsvorsitzender Robert Bosch GmbH Hildesheim | Foto: privat

Jugendbündnis macht Druck für kürzere Arbeitszeiten

Viele junge Beschäftigte wollen weniger als 35 Stunden arbeiten, um mehr Zeit zum Leben, für Kindererziehung oder andere Dinge zu haben. Im Gespräch sind aber immer wieder längere Arbeitszeiten. So hat die österreichische Rechtsregierung gegen den Widerstand

der Gewerkschaften den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche ermöglicht. Der Betriebsrat muss nicht zustimmen, wenn 60 Stunden in der Woche gearbeitet werden soll. Die CDU-FDP-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wollte mit einer Bundesratsin-

itiative die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht bis zehn Stunden hierzulande kippen. Das Ausfransen der Arbeitszeiten durch Smartphone, Homeoffice und Co geht in eine ähnliche Richtung. Dem tritt das hannoversche Jugendbündnis aus Gewerkschaftsjugend von DGB und Einzelgewerkschaften, politischen Jugendorganisationen und anderen Jugendverbänden entgegen.

»Runter mit der Arbeitszeit! Her mit der Lebenszeit!«

Unter diesem Motto macht das Jugendbündnis zum 1. Mai Druck für kürzere Arbeitszeiten. Um die gemeinsame Forderung in die Öffentlichkeit zu tragen, hat man sich einiges einfallen lassen. »Am 1. Mai ist auf der Bühne auf dem Platz an der Goseriede ein interaktiver Jugendbeitrag geplant«, sagt DGB-Jugendbil-



DAS FORDERT DIE DGB-JUGEND:

- Lebensarbeitszeitkonto, um verschiedenen Lebensphasen wie Elternschaft oder Weiterbildung gerecht werden zu können. Die Ansprüche müssen bei Betriebsübertritten bestehen bleiben.
- Gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.
- Zwei aufeinanderfolgende arbeitsfreie Tage pro Woche und mindestens ein freies Wochenende im Monat.
- Konkrete Schritte gegen Arbeitshetze, Stress am Arbeitsplatz und steigende Wochenarbeitszeiten.
- Langfristig Arbeitszeit per Gesetz auf 30 Stunden pro Woche begrenzen.

dungsreferent Volkmar Wolf, der alles koordiniert. »Im Jugendzelt werden Poetry-Slammer*innen auftreten, und in einer Vorabendveranstaltung wollen wir einen Film zum Thema zeigen.« ▀

Block des Jugendbündnisses auf der 1.-Mai-Demo vor zwei Jahren auf der Limmerstraße in Hannover-Linden.

Foto:Volkmar Wolf

IG-Metall-Mitglieder setzen ersten Tarifvertrag in Bassumer Metallbau-Unternehmen durch

Gewerkschaftsfeindliche Strategie von Anwaltskanzlei gescheitert



Die 220 Beschäftigten des Rohrherstellers KMH-Kammann Metallbau aus Bassum im Landkreis Diepholz profitieren zum ersten Mal von einem Tarifvertrag. Vorausgegangen war eine mehrmonatige nervenaufreibende Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung. Die ließ sich dafür von der einschlägig bekannten »Union-Busting«-Kanzlei Dr. Schreiner + Partner beraten. Deren Anwälte schulen Arbeitgeber*innen, wie man am besten einen Betriebsrat und Gewerkschaften aus dem Betrieb heraushält. Entsprechend ging die Geschäftsführung gegen die Gewerkschafter*innen vor.

Belegschaft sollte manipuliert werden

Der Arbeitgeber nutzte die urlaubsbedingte Abwesenheit des Betriebsratsvorsitzenden, um die Kolleg*innen in mehreren Mitarbeiterversammlungen gezielt zu beeinflussen. Zunächst wurden kleine Versammlungen mit bis zu 40 Leuten anberaunt. Diese liefen in zwei Fällen nach folgendem Drehbuch ab: Zunächst klagte die Geschäftsführung, einen Tarifvertrag könne sich das Unternehmen nicht leisten. »Wollen wir den Tarifvertrag überhaupt?«, fragten danach Kolleg*innen

aus der Verwaltung oder andere, die der Geschäftsführung auch sehr nahe stehen. Es kam schließlich der Vorschlag, man könne doch darüber abstimmen. So wurde der Eindruck erweckt, als wenn der Wunsch nach einer Abstimmung aus der Belegschaft kommen würde. »Die Geschäftsführung wollte so wohl auch testen, wie ihre Strategie bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt«, vermutet Martin Bauerschäfer von der IG Metall in Nienburg-Stadthagen.

Köder »Hausvertrag«

Auf einer großen Mitarbeiterversammlung gab die Geschäftsführung bekannt, sie würde gern mit dem Betriebsrat einen »Hausvertrag« abschließen. Die Kolleg*innen dachten sofort an einen Haustarifvertrag, weil die Geschäftsführung nicht sagte, was ein »Hausvertrag« tatsächlich ist. Es handelt sich dabei um eine sogenannte Regelungsabrede ohne juristische Bindungswirkung. Arbeitnehmer*innen haben damit keinen Rechtsanspruch auf das, was in einem solchen Vertrag steht. »Man kann da alles und nichts reinschreiben«, betont Bauerschäfer. Es wurden Stimmzettel verteilt. Die Kolleg*innen sollten ankreuzen, ob sie einen »Hausvertrag« oder einen Tarifvertrag haben

Rund 100 Kolleg*innen beteiligten sich Anfang November bei zwei Grad Kälte am ersten Warnstreik in der 30-jährigen Geschichte des Familienunternehmens.

Fotos: IG Metall

wollen. Der »Hausvertrag« wurde ihnen zusätzlich mit einer rückwirkenden Lohnerhöhung von 3,2 Prozent für alle zum 1. Juli vergangenen Jahres schmackhaft gemacht. Kein Wunder, dass sich die Beschäftigten mit großer Mehrheit für den »Hausvertrag« aussprachen. Mit diesem Ergebnis setzte die Geschäftsführung Betriebsrat und Gewerkschafter*innen unter Druck, so nach dem Motto: Nun seht mal, die Leute wollen gar keinen Tarifvertrag.

»Mitarbeiterrat« contra Betriebsrat

Die IG Metall begann daraufhin sofort, Flugblätter zu verteilen, um die Kolleg*innen aufzuklären. »Die sind aus allen Wolken gefal-

sogenannten Mitarbeiterrat zu gründen, der quasi parallel zum Betriebsrat agieren sollte. Auch diesen Angriff konnten die Gewerkschafter*innen erfolgreich abwehren.

Schließlich strichen die beiden Gesellschafterinnen des Familienunternehmens, Mutter und Tochter, die Segel. Ein Anwalt von Schreiner + Partner einigte sich als neuer Verhandlungsführer der Geschäftsleitung mit der IG Metall Ende Januar auf einen Tarifvertrag. Die Beschäftigten profitieren davon nachhaltig. Ein Großteil hat zwar laut Tarifabschluss kurzfristig kein höheres Entgelt in der Tasche, kommt aber zukünftig in den Genuss regelmäßiger Lohnerhöhungen. In drei Schritten wird bis zum 1. Juli 2024 die



len«, sagt Martin Bauerschäfer. Auch die Gegenwehr der Geschäftsleitung half nichts. Auf einer vom Betriebsrat einberufenen Betriebsversammlung wurde der Ruf nach einem Tarifvertrag wieder unüberhörbar laut. Betriebsratsvorsitzender Oliver Knake erhielt für eine viel beachtete Rede tosenden Applaus. Die Geschäftsleitung gab sich aber noch nicht geschlagen. Sie versuchte, einen

37-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eingeführt. Bisher müssen die Beschäftigten 40 Stunden in der Woche schaffen. Kolleg*innen, die mindestens drei Jahre dem Unternehmen angehören, bekommen jetzt ein je 70-prozentiges Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Für Kolleg*innen über 50 zahlt der Arbeitgeber monatlich 50 Euro zusätzlich in die gesetzliche Rentenkasse. ▀

DGB will mit Bürger*innen stärker ins Gespräch kommen

»Die Probleme der Menschen vor Ort in die Politik tragen«



Der DGB Regionsvorsitzende Werner Preissner eröffnet die Auftaktveranstaltung in Hannover. (Foto links)

In mehreren Arbeitsgruppen wurde über bezahlbares Wohnen diskutiert.

Fotos (2): Karsten Meier

»Reden wir über ...« – unter diesem Motto hat der DGB seinen gesellschaftlichen Zukunftsdialog begonnen. Die Gewerkschafter*innen wollen damit dieses Jahr bundesweit auf hunderten Veranstaltungen gemeinsam mit Bürger*innen die Themen diskutieren, die vor Ort bewegen. Dazu gehören auch Diskussionen in den Betrieben und Dialogplattformen im Internet, auf denen die Einwohner*innen mit der Gewerkschaft in Kontakt treten können. So will sich der DGB stärker in die gesellschaftlichen Diskussionen vor Ort einbringen und Fragen diskutieren, die für Arbeitnehmer*innen wichtig sind. »Wir wollen gemeinsam mit ihnen Lösungen entwickeln und diese dann in die Politik tragen, damit

sich die Lebenssituation der Menschen vor Ort auch tatsächlich verbessert«, umschreibt Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach das Ziel des Zukunftsdialogs. Bezahlbares Wohnen, die Angst vor Altersarmut und wie es gelingen kann, Tarifverträge wieder zum betrieblichen Normalfall zu machen, treibt viele Arbeitnehmer*innen um. Diese und andere Fragen zur sozialen Sicherheit werden deshalb breiten Raum in den Diskussionen einnehmen. »Wir müssen der Politik auf die Füße treten, damit sie dafür sorgt, dass bezahlbare Wohnungen auch wieder in den Städten zu haben sind und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem

normalen Einkommen auch dort leben können, wo sie arbeiten«, unterstrich Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell auf der regionalen Auftaktveranstaltung Anfang des Jahres in Hannover. Bezahlbarer Wohnraum und eine Offensive für ein soziales Europa angesichts der nahenden Europawahl sind die ersten Themen des Zukunftsdialogs. »Wir wollen auch darüber reden, wie etwa eine gute soziale Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit und im Alter aussehen muss«, sagt Annelie Buntenbach. »Und wir wollen erfahren, wo den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sonst noch der Schuh drückt, wo wir als Gewerkschaften ran müssen.«

Auch grundsätzliche Demokratiefragen und die Auseinandersetzung mit Rechtsex-

tremismus werden eine wichtige Rolle spielen. Um dem Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie zu begegnen und zugleich die Demokratie zu stärken, will der



DGB die Bürger*innen ermuntern, sich einzumischen. So kommt man nicht nur mit anderen ins Gespräch, sondern vielleicht auch auf neue Ideen und Impulse für Veränderungen, um diese dann gemeinsam anzugehen: in Richtung auf mehr Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. So will der DGB rechten Parteien, die bewusst auf Spaltung und Entsolidarisierung setzen, die Grundlage entziehen. Dazu gehört laut Buntenbach auch, die Sündenbockpolitik der AfD zu enttarnen. Indem sie Zugewanderte und Geflüchtete für alle Probleme verantwortlich macht, vernebelt sie die wahren Ursachen der gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen. »Diesen Nebel werden wir auflösen«, kündigt die Gewerkschafterin an. ▀



»Wir wollen auch darüber reden, wie etwa eine gute soziale Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit und im Alter aussehen muss.«

ANNELIE BUNTENBACH
DGB-Bundesvorstandsmitglied
Foto: DGB/Simone M. Neumann

Geschichte der Hannoverschen Arbeiterbewegung

DGB-Projekt geht auf Reisen



Die Ausstellung des DGB zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung wurde im Oktober 2018 erfolgreich hunderten von Besucherinnen und Besuchern gezeigt.

Fotos (2): Steffen Holz

Die DGB-Ausstellung zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung, aufgebaut seit 2013 und in der Maizeitung schon 2015 besprochen, geht jetzt auf Reisen. Im Herbst 2018 wurde die Ausstellung in der VHS-Hannover in Kooperation mit DGB und Historischem Museum präsentiert. Kurator Dr. Peter Schulze referierte über die inzwischen aus 17

Tafeln bestehende Präsentation in drei Vorträgen mit jeweils über 150 TeilnehmerInnen und in vielen kleinen Führungen. Die Themen sind: Maifeiern in Hannover, Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg, Novemberrevolution, Kapp-Putsch und andere. Es gibt auch biographische Tafeln zu bedeutenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung wie

Otto Brenner und Gustl Breitke. Diese Ausstellung wurde inzwischen auch auf der ver.di-Bezirkskonferenz in Celle gezeigt. In der Ausstellung und den Vorträgen bietet Dr. Peter Schulze seinen ZuhörerInnen die Gelegenheit, sich kritisch mit Fragen an die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung zu beschäftigen: Wie stellten sich SPD und Gewerkschaften 1914 zur Entfesselung des Kriegs? Was geschah im November 1918 in Hannover? Warum scheiterten SPD und Gewerkschaften bei der Abwehr der Nazi-Bewegung?

Im Februar und März 2019 stand die Ausstellung in Burgdorf, präsentiert vom dortigen SPD-Ortsverein. Zum Antikriegstag am 1. September 2019 wird die Ausstellung in

der VHS-Lehrte eröffnet. Dr. Peter Schulze wird auch dort mit Vorträgen die Ausstellung begleiten; neue Tafeln zur Geschichte der Gewerkschaften in Lehrte sind in Arbeit.

Am 1. Mai 2019 finden die Besucher der Maifeier an der Goseriede die DGB-Ausstellung im Haus der Gewerkschaft ver.di, Haus B, 1. Etage (dort zu besichtigen bis zum 10. Mai). Der DGB-Kreisvorstand unterstützt die Fortsetzung der Geschichtsarbeit und ist gerne bereit, die Ausstellung an alle Interessenten zu verleihen, an gewerkschaftliche Organisationen und ebenso an öffentliche Einrichtungen.

Kontakt: Steffen Holz, DGB Hannover, Telefon 0511 1638724

DGB-AUSSTELLUNG ZUR GESCHICHTE DER HANNOVERSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

DIENSTAG, 30. APRIL – FREITAG, 10. MAI 2019
ver.di, Haus B, 1. Etage | Goseriede 10, 30159 Hannover

MITTWOCH, 1. MAI 2019, 11.00–14.00 UHR
Gespräche in der Ausstellung, Dr. Peter Schulze

DIENSTAG, 7. MAI 2019, 18.00 UHR
Vortrag Dr. Peter Schulze
»SPD und Gewerkschaften in Hannover zwischen 1918 und 1933. Fragen an die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung«

Kurator Dr. Peter Schulze (3.v.l.) bei einer Präsentation.



Teilhabe am Arbeitsmarkt in der Region Hannover

Mit dem neuen Förderinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ finden Arbeitsuchende wieder eine sinnvolle Tätigkeit.

Sie können aktiv dazu beitragen, indem Sie Arbeitsplätze für Menschen schaffen, die schon lange auf Leistungen vom Jobcenter angewiesen sind.

Wir können die Beschäftigung fördern, mit bis zu 100 Prozent der Lohnkosten, Kosten für Weiterbildung und ein begleitendes Coaching.

Mehr Infos finden Sie auf www.jobcenter-region-hannover.de

JOB CENTER
REGION HANNOVER

Skandalöse Unrechtsurteile in der Türkei – Schluss damit



Von Dr. h.c. Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister a.D.

Nach 28-monatiger Untersuchungshaft ist die frei gewählte Bürgermeisterin von Diyarbakir Gültan Kisanak in der Türkei zu 14 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt worden, die Co-Vorsitzende der Partei der demokratischen Regionen (DBP) Sebahat Tuncel zu 15 Jahren. 14 Cumhuriyet Journalisten wurden zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Diese skandalösen Unrechtsurteile müssen unverzüglich aufgehoben werden.

Außerdem fordert die türkische Staatsanwaltschaft für engagierte Personen der türkischen Zivilgesellschaft, darunter für den Kulturmäzen und Unternehmer Osman Kavala und den Journalisten Can Dündar, lebenslange Haftstrafen. Evvin Kisanak, Tochter der verurteilten Bürgermeisterin der Stadt Diyarbakir, mit der Hannover eine Städtepartnerschaft eingehen wollte, hat gerade in Hannover über die unhaltbaren Zustände in den Gefängnissen informiert.

Es ändert sich nichts in der Türkei: Täglich gibt es neue Verhaftungen und Verurteilungen. Nach wie vor sind Tausende inhaftiert, 150.000 sind aus dem öffentlichen Dienst entlassen, Bildungseinrichtungen bleiben geschlossen, die Justiz ist gleichgeschaltet. Sie ist Teil eines Unrechtssystems. Wer verhaftet, verurteilt oder freigelassen wird, entscheidet Präsident Erdogan und seine AKP. Erdogan und seine Regierung behinderten auch massiv die Oppositionsparteien, besonders die HDP, bei den am 31. März 2019 stattfindenden Kommunalwahlen. Und die Machthaber der Türkei entscheiden auch darüber, welche deutschen Journalisten in der Türkei arbeiten dürfen oder nicht.

Erdogan entfernt die Türkei immer mehr von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Mit seiner repressiven Politik gegen jede Form demokratischer Opposition und der Unterdrückung des kurdischen Volkes im In- und Ausland bringt das Erdogan Regime nicht nur die gesamte Nahost-Region in Gefahr, es gefährdet auch die Sicherheit und die Stabilität Europas. Diese Stabilität ist auch dadurch gefährdet, wenn der türkische Innenminister deutschen Urlaubern mit der Festnahme droht, die Urlaub in Antalya oder Bodrum machen wollen und in Deutschland an Veranstaltungen von – wie er es nennt – Terrororganisationen teilnehmen. Offensichtlich legen der Innenminister und sein Chef fest, was Veranstaltungen von Terrororganisationen sind. Und offensichtlich späht der türkische Überwachungsstaat unser Land und seine Einwohnerinnen und Einwohner aus. Alles Zurückrudern durch den Touris-

V.l.n.r.: Torsten Hannig, DGB; Thomas Höfflich, Stadtsuperintendent ev.-luth. Kirche in Hannover; Evvin Kisanak, Diyarbakir; DR. h.c. Herbert Schmalstieg; Heidi Merk, Nds. Sozialministerin a.D.; Naciye Celebi-Bektas, DGB.

Foto: privat

musminister auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin hilft nicht. Wer so spricht, wie der Innenminister, lässt auch so handeln.

Was ist das für ein Bündnispartner Türkei, wenn in den türkischen Generalkonsulaten von langjährig in Deutschland lebenden türkischen Bürgern die Pässe einbehalten werden, weil sie die türkische Staatsbürgerschaft aufgeben wollen, um sich in Deutschland einbürgern zu lassen. Das sind Willkürakte, um Einbürgerungen zu verhindern. Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen. Da nützen keine Telefonate, keine SMSen, keine Leisetreterei. Erdogan versteht nur eine klare Sprache. Deshalb darf das Europäische Parlament, die EU-Kommission, die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag, die Länderparlamente und die Landesregierungen und die demokratischen Parteien unseres Landes nicht tatenlos der rechtswidrigen Politik Ankaras zusehen. Sie müssen endlich handeln. Die widerrechtlich inhaftierten politischen Gefangenen sind unverzüglich freizulassen. Solange die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei nicht hergestellt sind, darf es keine Waffenlieferungen an die Türkei geben, sind die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU zu stoppen. Die NATO Mitgliedschaft der Türkei ist infrage zu stellen.

Es ist in diesem Zusammenhang auch zu fragen, wer die völkerrechtswidrigen Übergriffe der türkischen Armee in Syrien und im Nordirak stoppt? Die türkische Armee muss sich aus den besetzten Gebieten Afrin und Jarablus zurückziehen und die Kurden, die seit Jahren mit der Internationalen Koalition gegen den IS gekämpft und ihn besiegt haben, müssen nach dem Abzug der amerikanischen Truppen geschützt werden.

Mich stimmt traurig, was in der Türkei passiert, was Erdogan aus diesem wunderschönen Land gemacht hat. Die vielen Menschen aus der Türkei, die hier in unserem Hannover zum Teil in der dritten Generation leben, haben diesen Präsidenten nicht verdient. Sie sind Teil unserer Stadt, ganz gleich, ob sie aus dem Norden, dem Westen, dem Süden oder aus der kurdischen Region der Türkei stammen. Sie wollen und sollen hier friedlich zusammenleben. Sie wollen frei ihre Meinung sagen und nicht von einem der offensichtlich 6.000 in Deutschland tätigen Agenten des türkischen Geheimdienstes beobachtet werden. Ich finde, diese Geheimdiensttätigkeit hat in unserem Lande nichts zu suchen. Hoffen wir auf eine bessere Zeit für die Türkei, für ein Land, in dem wieder die Menschenrechte geachtet werden und niemand aus politischen Gründen verhaftet wird. ■



MASALA

DAS 24. MASALA-FESTIVAL | 17.–26. MAI 2019

HIGHLIGHTS



Foto: RomainStarosStaropoli

Mélissa Laveaux



Foto: pixbynot

Moonlight Benjamin

Das Masala-Weltbeat-Festival beginnt am 17. Mai im Pavillon mit **Mélissa Laveaux** (Kanada) ein Cocktail aus Kreol-Folk, Blues & Roots-Rock. Ihren außergewöhnlich rhythmischen Stil entwickelte die Tochter von Haiti-Immigranten bereits während ihrer Kindheit. Ihre großen Vorbilder sind Musikerinnen wie Tracy Chapman, Nina Simone oder die Fugees sowie Inspirationen aus ihrem eigenen Leben. Ihr folgt **Moonlight Benjamin** (Haiti) mit karibischen Voodoo-Melodien, 70er-Jahre-Blues, rauschenden Riffs gesängerten E-Gitarren und ihrer kraftvollen rauhen Stimme.



Mit **Tiken Jah Fakoly** (Elfenbeinküste) tritt am 18. Mai eine Größe der Weltmusik auf. Er ist einer der einflussreichsten Reggae-Musiker des afrikanischen Kontinents, kritisiert offen politische und soziale Missstände, um denen eine Stimme zu geben, die vergessen und überhört werden.



Die Ausnahmekünstlerin **Nneka Egbuna** (Nigeria) kam mit 19 Jahren nach Deutschland, studierte in Hamburg Anthropologie und entwickelte ihre musikalische Karriere weiter. Auch sie nutzt ihre Musik, um gegen politische und soziale Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Soul- und Reggae-musik, Dub-, Hip-Hop- und Afrobeats begleiten ihre intensive Stimme.

Foto: PatriceBart

Mehr Infos: www.masala-festival.de ■

Das merk ich mir!

- Arbeitsrecht
- Mietrecht
- Reiserecht
- Strafrecht
- u.v.m.....



Rechtsanwälte
Thannheiser und Koll.

Rühmkorfstraße 18
30163 Hannover

Telefon (0511) 990 490
Telefax (0511) 990 49 50

www.thannheiser.de

rechtsanwalt@thannheiser.de



Du hast uns gerade noch gefehlt!

www.awo-hannover.de

Die AWO als Arbeitgeber – wir suchen Erzieher/Erzieherinnen, Sozialassistentinnen/Sozialassistenten, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen

AWO Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.